

Soziale Gerechtigkeit stärken. Bündnis für Soziale Gerechtigkeit in Hessen fordert eine inklusive Sozialpolitik

Das Bündnis für Soziale Gerechtigkeit in Hessen hat am Donnerstag, 17.12.2015 eine inklusive Sozialpolitik gefordert. „Die jetzt aufgelegten Maßnahmen für Flüchtlinge dürfen nicht nur als Sonderprogramm für Schutzsuchende verstanden werden,“ mahnte Dr. Felix Blaser, der Geschäftsführer des Bündnisses. Blaser, der zugleich Referent für Armutspolitik bei der Diakonie Hessen ist, fordert, dass die getroffenen Maßnahmen für Flüchtlinge „in eine umfassende inklusive Sozialpolitik einmünden müssen“. Das bedeute, dass in allen Maßnahmen, sei es im Bereich Wohnen, Bildung oder Arbeit, die gesamtgesellschaftlichen Perspektiven mitzudenken sei. „Ein eingeschränkter Blick nur auf Flüchtlinge, der nicht auch andere Bevölkerungsteile mitdenkt, wäre kontraproduktiv für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ Denn Integration sei eine Aufgabe aller. Das Bündnis für Soziale Gerechtigkeit in Hessen, das von rund 30 Organisationen getragen wird, warnt in seiner am Donnerstag herausgegebenen Stellungnahme vor operativen Schnell-schüssen, „die eventuell momentan kurzfristig helfen, aber langfristig mehr schaden als nützen.“ Gerade jetzt sei eine umfassende Gesamtbetrachtung der gesellschaftlichen Lage angezeigt. Ziele und Standards einer nachhaltigen Integrations- und Beteiligungspolitik müssten gemeinsam definiert und in ihrer Umsetzung geplant werden. Die sich abzeichnende Wandlung der Gesellschaft stelle eine Herausforderung dar, die uns auch in den nächsten Jahren beschäftigen werde, erklärt das Bündnis. „Grund genug, heute schon in die Zukunft zu schauen und diese so zu gestalten, dass die gleichberechtigte Teilhabe und Anerkennung aller jetzt und in Zukunft realisiert wird“, heißt es im Text.

- [Erklärung des Bündnisses für Soziale Gerechtigkeit](#)

Das Bündnis für Soziale Gerechtigkeit in Hessen wird von rund 30 Organisationen getragen, die sich gemeinsam für eine gerecht gestaltete Gesellschaft einsetzen. Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKH ist Mitglied im Bündnis Soziale Gerechtigkeit Hessen.
